

Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift

des Verbandes der Gärtner und Gärtnerei-Arbeiter (vorm. Allg. Deutscher Gärtnerverein), Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugsbedingungen: Vierteljährl. durch die Post 3 M.,
unter Streifband 3,50 M.
Erscheint wöchentlich Sonnabends

**Schriftleitung und
Versand:**
Berlin S 42, Luisenufer 1
Fernruf: Moritzplatz 3725

Anzeigen-Bedingungen: Die fünfgespaltene Non-
pareilzeile 70 Pfennig
Bei Wiederholungen Ermäßigung. — Alleinige Anzeigen-
Annahme Lorenz & Co., G. m. b. H., Leipzig, Boscstr. 6

In der Zeit vom 2. bis 8. November ist der Beitrag für die 45. Woche fällig

An die Zeitungsempfänger!

Noch immer erhalten viele Vertrauensleute mehr Zeitungen, als wie sie der Mitgliederzahl entsprechend zu erhalten haben. Wo Zeitungen zuviel geliefert werden, ist sofort der Hauptverwaltung Nachricht zu geben. Die Vergeudung einer achtseitigen Zeitung bedeutet den Verlust von 10 Pfg. für jedes Stück!

Die Verwaltungen verlangen vielfach die direkte Zustellung an ihre Unterkassierer, um Zeit, Arbeit und Porto zu sparen. Wir sind diesem Verlangen immer nachgekommen. Wir können aber Sendungen, die weniger als 10 Stück betragen, nicht mehr erledigen. Dies müssen die Verwaltungen selbst ausführen. Der Versand der Zeitung ist so umfangreich, daß wir durch zu viele kleine Sendungen für glatte Abwicklung des Versandes nicht mehr garantieren könnten.

Achtung! Die Reaktion — —!

Vonselten unserer Unternehmer kommt sie, . . . zwar nicht von der Verbandsleitung her geschürt — denn diese ist einsichtig und weitsichtig genug, sich zu sagen, daß Treibereien dieser Art zwecklos sind, weil sie nur gegenseitige Erbitterung schaffen, die Atmosphäre vergiften und doch nicht zu dem erstrebten reaktionären Ziele führen können —, aber von den Unternehmern da draußen, die in ihrer noch nirgendwo überwundenen Rückständigkeit vermeinen, sie seien „stark genug“, das Weltenrad in seinem Laufe ernstlich aufzuhalten.

Reaktion — — ja, du lieber Himmel, haben wir denn in unserm Berufe im allgemeinen überhaupt schon anderes erlebt? Soweit, als uns „entgegengekommen“ wurde, war es nur ausnahmsweise einmal die Einsicht auf Unternehmenseite und der ernstliche, aus Überzeugung geborene Wille, den alten Trott aufzugeben und neue Wege zu beschreiten, der Arbeitnehmerschaft das gleiche Recht am Arbeitsertrage zuzubilligen und ihnen ein klein wenig Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Wenn in der gegenwärtigen Zeit sich nun Zeichen bemerkbar machen, die darauf hindeuten, daß auch an solchen Plätzen und in solchen Kreisen, wo im vergangenen Frühjahr Tarifverträge ohne besondere Schwierigkeiten abgeschlossen werden konnten, die rückständigen Unternehmer wieder offener hervortreten und sich bemühen, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen mit der teils offen, teils verdeckt bekundeten Absicht, die „Löhne abzubauen“, dann ist es auch für uns an der Zeit, zum Sammeln zu blasen, die Kampfkolonnen zu vermehrter Wachsamkeit aufzurufen. Wir haben in der letzten Zeit schon mehrere große Schlachten führen müssen, und erinnern wir hier nur an Hamburg, an das Holsteinische Baumschulengebiet und an Erfurt. Es scheint, daß ähnliche Kämpfe uns in allernächster Zeit auch an anderen Plätzen bevorstehen, so beispielsweise in Groß-Berlin.

Die Löhne sollen „abgebaut“ werden. Sollte man es für möglich halten, daß ein derartiger Gedanke einem einsichtigen Unternehmer auch nur im Schlafe kommen kann? Es ist gradezu ein Wahnwitz, Arbeitnehmern solches Ansinnen zu stellen in einer Zeit, wo die hauptsächlichsten Lebensbedarfsartikel noch fortgesetzt im Preise steigen und in den letzten Monaten schon um ein sehr erhebliches gestiegen sind.

Wenn unternehmerseits dieses Bestreben damit begründet

wird, daß sie für ihre Erzeugnisse nicht mehr genügend bezahlt erhalten, so ist eine solche Angabe einfach blanker Schwindel. Jeder Kollege kann es alltäglich beobachten, welche Preise gezahlt werden und kann danach so ungefähr abschätzen, was dabei an Profit verbleiben muß, der auf hohe Kante gelegt wird. Und wer unmittelbaren Einblick in die Geschäftsverhältnisse hat, in die Buch- und Kassensführung, der erzählt uns von Erlösen, die zuweilen fast fabelhaft klingen. Hier nur zwei Beispiele dieser Art. Ein Mitglied unseres Verbandes besuchte im Monat September ds. J. einen befreundeten Kollegen, der im April sich eine kleine Gärtnerei mit zwei Buden von je 20 Fenstern Länge, Frühbeeten mit 100 Fenstern und dazu Freiland zum Preise von 20 000 Mk gekaufte hatte. Der Kollege mußte sich den Anzahlungspreis, in Höhe von 5000 Mk., von jemand leihen. Er arbeitete nun mit einem Gehilfen und seiner Frau und erzielte einen Gewinn, daß er schon im September (wohlgemerkt: nach einem halben Jahre!) in der Lage war, den ganzen Kaufpreis bar zu entrichten. Wir würden diese „Erzählung“ ohne weiteres in das Reich der Märchen und Fabeln verweisen, wenn wir den „Erzähler“ nicht als einen unanzweifelbar glaubwürdigen Menschen schon seit vielen Jahren kennen. Er versichert uns, die Nachweise dieses Verdienstes mit eigenen Augen gesehen zu haben!

Ein anderer Fall. Ein Großgärtnereibetrieb in einem Vororte von Berlin, der einige Massenkulturen von Topfpflanzen betreibt, rechnet damit, in diesem Jahre mindestens das Doppelte von dem zu verdienen, das er im vorigen Jahre verdient hat. Seine Einnahmen betragen im Monat Oktober 1918 rund 8000 Mk., im Monat Oktober 1919 sind es aber über 20 000 Mk. geworden, trotzdem nicht ein Gehilfe oder Arbeiter mehr beschäftigt wird, als im Vorjahre.

Der vorher angeführte junge Anfänger fühlt erklärlicher Weise immer noch mit den Gehilfen, und er tat aus diesem Gefühl heraus den unter anderen Umständen ganz gewiß recht unvorsichtigen Ausspruch: „Wenn wir doppelt und dreifach höhere Löhne zahlen müßten, würden wir auch noch gut zurechtkommen.“

Dieses Verdienstverhältnis mag nicht überall gleichhoch sein. Aber auch ganz öffentlich wird gelegentlich ein Eingeständnis gemacht, das immerhin auf allgemeinere Zustände dieser Art hindeutet. So lesen wir im „Handelsblatt f. d. d. G.“ einen Aufsatz von Landschaftsgärtner Everhardt in Düsseldorf; in diesem werden die vom Bunde der Baumschulenbesitzer aufgestellten Mindestpreise als ans Maßlose grenzend bezeichnet, die mit den gestiegenen Gehilfenlöhnen keineswegs in Einklang zu bringen seien. Herr Everhardt bezeichnet diese Preispolitik mit vollem Recht als strafbaren Wucher. Herr Lund in Hamburg erwidert darauf, weiß zur Entschuldigung aber nichts weiter zu sagen, als: „Warum sollen denn die Gärtner immer nur die billigsten sein? . . . Die Gärtner sollten sich doch alle freuen, daß es den meisten Kollegen jetzt besser geht, als vor dem Kriege.“ Und ergänzend sagt Herr Lund: „Bemerken möchte ich noch, daß ich keine Baumschule habe, . . . ich kaufe mir die Ware für den teuren Preis und verkaufe sie wieder mit einem angemessenen Aufschlag.“

Und eben dieselben Unternehmer wollen jetzt — — die Löhne abbauen! Die Baumschulenbesitzer verbreiten die unwahre Behauptung, es sei „ein Zentraltarif für die ganze Baumschulbranche“ in Vorbereitung; deshalb müßten sie ablehnen, jetzt örtliche Tarife abzuschließen oder ihre Betriebe in den Tarifen der Handelsgärtnereien mit einzufügen“. Das ist eine vollständig unwahre Darstellung. Ein solcher Tarif wird unternehmerseits wohl angestrebt, und zwar zu dem Zwecke, um damit — billiger wegzukommen, als in den abgemeinen und örtlichen Tarifen. Wir aber haben solange, als die

letzterwähnte Gefahr droht nicht die geringste Lust, auf jenen — — Leim zu kriechen.

Kollegen und Kolleginnen allenorts! Laßt Euch nicht verblüffen und einschüchtern. Seid wachsam! Wahrt Eure Rechte! Sorgt, daß Ihr auskömmliche Löhne erhaltet. Die Unternehmer können zahlen, da sie mit hohen Profiten arbeiten. Wenn Ihr geschlossen und einig bleibt und die irgendwo noch ausstehenden heranholt, — nun, dann möge die Reaktion nur kommen; Ihr werdet sie nach Gebühr empfangen und sorgen, daß auch der Arbeit ihr Recht wird und ihr angemessener Anteil am Arbeitserlös zufällt.

Achtung! Auf dem Posten!

Arbeitsgemeinschaften oder nicht?

I.

Die Frage, ob man vom Standpunkte der Arbeiterschaft, die eine Sozialisierung des Wirtschaftslebens anstrebt, für die Errichtung und Ausbildung von Arbeitsgemeinschaften eintreten darf oder derartige Bestrebungen bekämpfen muß, wird heiß und leidenschaftlich umstritten. Die Gegner behaupten, es handle sich in diesen Einrichtungen um „ein treffliches Mittel zur Bändigung der Gewerkschaften“ und zur „Aufrechterhaltung und Unterstützung der Unternehmerschaft“. Die Arbeitsgemeinschaften wären schlechthin ein Instrument gegen die Sozialisierung.

Wenn das zuträfe, dann wäre es selbstverständlich, daß man die Arbeitsgemeinschaften ohne weiteres ablehnen müßte. Es brauchte nicht einmal alles von dem Erwähnten zutreffen; es genügte schon, wenn damit eine „Bändigung der Gewerkschaften“ notwendigerweise verknüpft sein würde. Wie liegen die Dinge aber in der Wirklichkeit? Sie liegen so:

Im Handumdrehen lassen sich die verschiedenen Wirtschaftszweige nicht sozialisieren (vergesellschaften, als Gemeinwirtschaftsbetriebe einrichten). Vielen Wirtschaftszweigen fehlt dazu einfach noch die Reife, oder es fehlen andere Voraussetzungen; zuweilen fehlt sogar der daran beteiligten Berufsarbeiterschaft selbst die Reife. Oft genug schon haben wir gesehen, daß es gar nicht sozialistische Gesinnungsart war, die die angebliche Sozialisierung forderte, sondern daß dahinter höchst selbstsüchtige Triebe standen, die fälschlicherweise als sozialistische ausgegeben wurden. Deshalb ist man wohl oder übel einfach gezwungen, dort, wo nicht ohne weiteres sozialisiert werden kann, noch mit der Privatwirtschaft zu „paktieren“. Dieses Paktieren bedingt aber: gegenseitige Verständigung auf den einschlägigen Gebieten. Es bedingt vor allem: tarifmäßige Vereinbarungen über alle jene Angelegenheiten, die sich irgendwie auf das Arbeitsverhältnis beziehen. In diesem Sinne ist die Arbeitsgemeinschaft berufen, jene Stelle einzunehmen, für die vormals die „Tarifgemeinschaften“ zuständig waren. Oder man kann sagen: die Arbeitsgemeinschaften sind in diesem Sinne schlechweg Tarifgemeinschaften. Ohne Tarifgemeinschaften kommen wir auf lange hin noch nicht aus, wir benötigen diese sogar — selbst gegenüber sozialisierten Betrieben, wie man überall beobachten kann.

Mit den tarifgemeinschaftlichen Vereinbarungen soll es in den Arbeitsgemeinschaften aber nicht sein Bewenden haben. Diese sollen auch sehr wichtige andere Angelegenheiten bearbeiten: Angelegenheiten allgemein sozialer, sozialpolitischer und wirtschaftlicher bzw. wirtschaftspolitischer Natur. Letzten Endes sollen sie sich mit allen Fragen beschäftigen und dazu entscheidend Stellung nehmen, die irgendwie von allgemeiner Bedeutung sind. Sie sollen schlechweg die Träger des künftigen Wirtschaftslebens werden.

Da sie allenthalben und für alle Zwecke paritätisch eingerichtet werden müssen, das heißt die Zusammensetzung aller zu bildenden Körperschaften immer je zur Hälfte aus Vertretern der organisierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu folgen hat, so ist die erforderliche Gewähr geboten, daß auch die Arbeiterschaft darin vollauf zu ihrem Rechte gelangen kann. Gegen den Willen der Arbeiterschaft kann im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft nichts unternommen werden. Wenn und wo man sich nicht verständigt, da bleibt der Gegensatz, der dann gegenseitig ausgekämpft werden muß.

Der Gegensatz zwischen der Lohnarbeiter- und Angestellten-schaft einerseits und dem privatkapitalistischen Unternehmertum andererseits kann bei einem paritätischen Zusammenarbeiten im Bewußtsein der jeweiligen Vertreter sehr wohl Einbuße erleiden. Und er wird es auch überall da, wo man arbeitnehmerseits solche Vertreter entsendet, denen ein grundsätzlich sozialistisches Denken abgeht; darum ist es Sache der Gewerkschaften, diese ihre Vertreter sehr genau auf Herz und Nieren zu prüfen und ihr Tun und Lassen ständig zu beobachten, in allen einschlägigen Dingen Fühlung zu behalten, sich Bericht erstatten zu lassen und ihnen fortgesetzt die allgemeinen und besonderen Wünsche der Kollegenschaft zu übermitteln. Geschlecht das, dann schwinden die Gefahren und können die Bedenken fallen; dann werden auch die paritätischen Arbeitsgemeinschaften ein (und zwar ein sehr wichtiges) Mittel werden, das geeignet und berufen ist, zur

Überleitung von der Privat- zur Gemeinwirtschaft ihren Teil beizutragen.

Wir können nicht plötzlich vergesellschaften oder sozialisieren. Das kann gar nicht oft genug gesagt werden. Es bedarf dazu zahlreicher und sehr wichtiger Voraussetzungen und Vorbereitungen. Und eine dieser Voraussetzungen ist: die Reifmachung der Massen dafür. Wir müssen uns erst noch sehr viele Kenntnisse des allgemeinen Wirtschaftslebens neu erwerben und viel tiefere Einblicke in die mancherlei Zusammenhänge gewinnen, als wir sie heute haben. Dazu kann und wird uns in der vorteilhaftesten Weise grade die Arbeitsgemeinschaft verhelfen. Hier bleibt den Unternehmern gar nichts anderes übrig, als schließlich alles aufzudecken, auf das es ankommt; denn nur dadurch können sie erreichen, daß die Vertreter der Arbeiter- und Angestellten-schaft den etwa beantragten Maßnahmen in der einen oder anderen Hinsicht zustimmen. Da die Arbeitnehmervertreter aber alles unter Zugrundelegung ihrer sozialistischen Anschauungen prüfen werden, so ist Gewähr gegeben, daß sie nur solchen Vorschlägen und Anträgen zustimmen, die dem sozialistischen Zielstreben keinen Abtrag tun.

Von Anfang her können und werden wir unsere Unternehmer nicht darüber in Zweifel lassen, daß uns die Arbeitsgemeinschaften nicht Selbstzweck sind, sondern immer nur eines jener Mittel zu dem Zwecke sein können und sollen: schließlich die Privatwirtschaft durch die Gemeinwirtschaft zu ersetzen.

II.

Die Arbeitsgemeinschaften sind nicht ein erstrebenswertes Ideal, sondern sie sind der gegenwärtig mögliche Zustand für die Übergangszeit von der Privat- zur Gemeinwirtschaft. Jeder Selbst- oder Alleinbestimmung muß, wenn bis dahin dem einen Teil jede Mitwirkung versagt geblieben war, erst die Mitbestimmung in paritätischer Form vorausgehen. Wer mehr verlangt, der verlangt, daß der zweite Schritt getan werden soll, bevor noch der erste getan wurde. Deshalb war es auch durchaus kein Akt von Klugheit und ruhiger Überlegung, als der Deutsche Metallarbeiterverband auf seiner Mitte Oktober ds. Js. stattgefundenen Generalversammlung mit Stimmenmehrheit die Arbeitsgemeinschaften ablehnte. Dieser Verband wird nun jedenfalls durch Verhältnisse, die zu ändern noch nicht in seiner Macht steht, gezwungen werden, den Beschluß praktisch wieder aufzuheben und also — zunächst den ersten Schritt zu tun, um den zweiten später tun zu können.

Es ist ungemein bedauerlich und zum Schaden der Arbeitnehmer selbst, wenn man die Leidenschaft und die Erregung als Beraterinnen wählt oder auch nur zuläßt. Gleichwohl ist es allerdings in dieser gärenden und brodelnden Zeit erklärlich und darum entschuldbar. Wer indessen sich einen freien Blick bewahrt hat und über ruhigeres Urteilsvermögen verfügt, wer es verschmäht, sich von Strömen tragen zu lassen, die aus überschäumender Leidenschaft hervorquellen und die darum, wenn die Leidenschaft einmal wieder verrauscht sein wird, ebenfalls wieder verrauschen werden, der hat die Pflicht, auch in solcher Zeit klar und bestimmt auszusprechen, was seine sozialistische Überzeugung ist. Und ernstlich und nachdrücklich auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die eine Überspannung von Grundsätzen im Gefolge haben kann, wird, muß.

Die Arbeitsgemeinschaften sind also das in der gegenwärtigen Zeit Mögliche und die Vorstufe für die Weiterentwicklung; der „wissenschaftlich dozierende Nationalökonom“ würde sagen: „Die Synthese zwischen Kapitalismus (als These) und Sozialismus (als Antithese)“. Jede Entwicklung aber vollzieht sich in eben dieser Folge und in keiner anderen. Wird versucht, gewaltsam die „Synthese“ auszuschalten, dann folgt — die „Reaktion“. So war es bisher noch immer. Es liegen keinerlei Anzeichen vor, und es wäre unlogisch, daß es künftighin anders sein kann. Wir wollen aber nicht die Reaktion, sondern den Fortschritt; nicht einen Rückgang, sondern den Aufstieg: auf festem Boden Stufe um Stufe zur Höhe hinauf. Und darum: Arbeitsgemeinschaften!

O. A.

Sozialisierung und Gärtnerei.

Ein Kollege glaubt, durch den Ausbau der Staats-, Gemeinde-, Provinzial- und Lehranstaltsgärtnereien etwas für die Sozialisierung getan zu haben. Durch die Art ihres Aufbaues können diese Betriebe aber als „Sozialisierungsmuster“ wohl nicht in Frage kommen, denn sie kränken wohl fast alle daran, daß ihnen fehlt, worauf es bei der Gemeinwirtschaft vor allem ankommt, sie wirtschaften produktiv unrentabel. Durch das System des Etats, der in unserer dreimal geheiligten Wirtschaftsform eben „unbedingt“ beibehalten werden muß, ist es unmöglich, verbesserte Werkzeuge, Kultureinrichtungen bei Gewächshausbau, Kästen, Heizungen, neue Kulturen überhaupt, einzuführen. Abschüsse, die günstig sind, bei denen das Angebot nur eine Frage von vielleicht wenigen Stunden ist, werden diesen Betrieben wohl meist von Privatkapitalisten vorweggenommen, denn diese haben viel leichter beweg-

Welche Beiträge sollen gezahlt werden?

Die Höhe der Beiträge in unserem Verband richtet sich im allgemeinen nach dem Lohn Einkommen. Bei einem Stundenlohn bis zu 80 Pfg. Stundenlohn ist in der 1. Klasse, bis zu 1 Mk. Stundenlohn in der 2. Klasse, bis zu 1,20 Mk. Stundenlohn in der 3. Klasse und bei einem Stundenlohn von über 1,20 Mk. in der 4. Klasse zu zahlen.

Es steht aber jedem Mitgliede frei, in eine höhere Klasse einzutreten. Je höher die Beitragszahlung, desto höher der Anspruch auf Unterstützungen bei Streiks, Arbeitslosigkeit usw.

Wer kann Unterstützung beziehen?

Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit wird gezahlt, wenn mindestens 52 Wochenbeiträge gezahlt sind. Der Antrag auf Unterstützung wird beim Ortskassierer gestellt, der den Antrag mit dem Mitgliedsbuch an die Hauptverwaltung sendet; letztere stellt eine besondere Karte zum Empfang der Unterstützung aus. Ohne Anweisung von der Hauptverwaltung darf kein Kassierer Unterstützung auszahlen.

liches Kapital. Arbeiten werden, wenn sie nicht gerade laufende, mechanische sind, von Beamten bestimmt, die im praktischen Gartenbau nur sehr wenige Erfahrungen gemacht haben, denn nach einjähriger Berufsarbeit wurden diese Leute einer Gärtnerlehranstalt zugeführt, aus der sie dann als Gartentechniker ins Leben getreten sind. Wenn nun so ein theoretischer Praktiker Anweisungen gibt, dessen Ausführungen einem niederen Beamten (Obergärtner, Kolonnenführer) anvertraut ist, und dieser selbst von der Zweckmäßigkeit der Arbeit nicht überzeugt ist, und die Arbeiter (Gärtner) sind auch von der Unzweckmäßigkeit überzeugt, wo soll denn dann die Lust zur Produktion, zum Schaffen herkommen.

Es ergibt sich aus dem Gesagten, daß eben diese Staats- und Kommunalbetriebe es vor allen Dingen nötig haben, daß sie umgestaltet werden, damit sie der Gesellschaft einen größeren Nutzen bringen.

Im Gartenbau kann für die Gemeinwirtschaft wohl nur der Großbetrieb in Frage kommen, und es wäre überhaupt zu erwägen, wieviel Kleinbetriebe denn noch für die Warenproduktion nötig sind. Die Kriegsindustrie hat hier bahnbrechend gewirkt durch Stilllegen von Fabriken und die unrentablen Betriebe aufgesogen. Nun müßte man als nächste Aufgabe die Hebung der Produktion bis zur rationellen Wirtschaft ins Auge fassen, zweckmäßige Wasseranlagen, moderne Gewächshausanlagen, Vermeiden von Stufen, engen Gängen usw. Die Behandlung der Kulturen müßte Sache verantwortlicher Obergärtner, tüchtiger Fachleute sein. Dem gärtnerischen Personal muß ein Teil Verantwortung für die geleistete Arbeit, die sonst möglichst spezialisiert sein soll, obliegen, um so ein Interesse an den Kulturen zu erhalten und den Arbeiter nicht zum stumpfsinnigen Arbeitstier zu machen.

Die Reisenden und vor allem die Inseratenplantagen, die Angebot und Nachfrage in der Gärtnerei so schön regeln, die Konkurrenz auch mal zur Schmutzkonkurrenz werden lassen —, auch dies muß bei einer Neugestaltung geändert werden. Da bei einer Umgestaltung doch nicht völlig revolutioniert werden kann, muß man Bestehendes ausnutzen zum weiteren Ausbau. Ich halte es für sehr zweckmäßig, die bestehenden Blumenzentralen dann in gärtnerische Einkaufs- und Verkaufszentralen umzuwandeln. Auf diese Weise würden Angebot und Nachfrage geregelt werden können, daß Preise nicht wie sonst der Schwankung unterworfen sind. Durch die Regelung der Nachfrage der Zentralen untereinander wird es auch möglich sein, alle Angebote zum Absatz zu bringen. Wenn in einem Jahr eine Warenklasse schwer zu verkaufen ist, dann können die Produzenten, die Gartenbaubetriebe eben die Anzucht danach einstellen.

Es wäre wohl noch vieles zu erörtern, wenn aus dem Kreise beteiligter Kollegen das Thema „Sozialisierung“ diskutiert würde.

Nun liegt es auch an der Kollegenschaft, wenn der kapitalistische Gartenbaubetrieb durch den Gemeinbetrieb abgelöst werden soll. Kollegen! Die Unternehmer haben die Möglichkeit einer Sozialisierung im Großgartenbau schon zugehen müssen, aber wie sozialisieren werden soll, das haben sie nicht verraten. An der Arbeiterschaft liegt es, geeignete Kräfte sich auszubilden, die einmal in der Lage sein sollen, die Wirtschaft zu übernehmen, und der Weg zur Gemeinwirtschaft, zum Sozialismus, er wird eine Entwicklung nehmen, die über den Arbeiter-Ausschuß zur Betriebsräteform übergeht. Und dann wollen wir kräftig an der letzten Phase der Sozialisierung arbeiten, um so dem Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen.

Helmo Welse.

Legt selbst Hand ans Werk!

Man hat das Schlagwort „Sozialisierung“ in die Massen geworfen und kann nun das dadurch hell auflodernde Feuer nicht wieder dämpfen. So oft man die Zeitung liest, von

Sozialisierung wird immer etwas drinstehen. Die Masse verlangt die Sozialisierung, und unsere führenden Männer haben dieses Verlangen bis zur Stunde noch nicht erfüllen können, da innerhalb ihres kleinen Kreises selbst noch Unklarheit über das Wann und Wie der Sozialisierung herrscht. Muß man sich nun da nicht einmal fragen, ob es denn überhaupt ratsam ist, eine gesetzliche Regelung der Sozialisierung von „oben“ zu erwarten? Hat die Arbeiterschaft, die doch zweifelsohne an der Sozialisierung am meisten interessiert ist, nicht selbst die Mittel in der Hand, die Sozialisierung zu schaffen oder aber wenigstens zu beschleunigen? Gewiß, die Arbeiterschaft ist im Besitze dieses Mittels und hat es schon seit Jahrzehnten, wenn auch nicht bewußt mit dem Endzwecke der Sozialisierung, so doch zu ihrem wirtschaftlichen Vorteile mit gutem Erfolg angewendet, nämlich die Genossenschaftsbewegung.

Die Sozialisierung bedeutet die Umwälzung unseres jetzigen Wirtschaftssystems. Wie aber jede Umwälzung weniger von oben herab, als von unten heraus vor sich geht, so werden wir es auch bei der Sozialisierung erleben, daß sie nicht einfach gesetzmäßig von oben verordnet werden kann, sondern daß sie sich durch zielbewußtes Zusammenarbeiten der Masse von unten herauf durchsetzen wird. Und vielleicht verzögert sich gerade deswegen die Sozialisierung, weil man sich immer mehr darüber klar wird, daß sich eine Wirtschaftsform nicht ohne weiteres in eine andere Form pressen läßt (wer könnte auch garantieren, daß die gewählte Form die richtige ist), sondern daß nur die Entwicklung es sein kann, die die Wirtschaft umgestaltet und ihr schließlich eine vollständig neue Form geben kann. Diese Umgestaltung unserer jetzigen und die Ansätze unserer künftigen Wirtschaftsform sehen und erleben wir eben in der Konsumgenossenschaftsbewegung. Durch diesen Entwicklungsgang werden wir zwar etwas länger auf die Sozialisierung warten müssen, als wenn sie angeordnet wird, aber dafür haben wir die Gewähr, daß wir auf diesem Wege unfehlbar unseren Ziele zutreiben. Das Genossenschaftswesen muß, bis zur letzten Konsequenz durchgedacht, in den Sozialismus ausmünden, denn es selbst ist Sozialismus. Wenn wir also die Sozialisierung wollen, so gilt es, das Genossenschaftswesen tatkräftig zu fördern, und wir beschleunigen den Entwicklungsgang, der unsere Wirtschaft umformen soll und umformen wird zur Sozialisierung.

Bisher hat die Arbeiterschaft die Konsumgenossenschaftsbewegung fast ausschließlich dazu benutzt, ihre Kaufkraft zu organisieren, und sie hat dabei einen durchschlagenden Erfolg gehabt. Sollte man den gleichen Erfolg nicht auch von einer organisierten Produktion erhoffen dürfen? 790 Millionen Mark Wert repräsentiert die organisierte Kaufkraft der drei Millionen konsumgenossenschaftlich organisierter Deutschlands, und die leitenden Männer der deutschen Genossenschaftsbewegung sind dabei, durch die Wucht dieses organisierten Konsums die organisierte (lies sozialisierte) Produktion herbeizuführen. Im Gegensatz zur kapitalistischen Wirtschaft, die um des Profits willen Waren herstellt, hat die Konsumgenossenschaftsbewegung die Aufgabe, in dem Augenblicke zur Produktion überzugehen, in dem statistische Erhebungen über den Verbrauch eine sichere Grundlage für die Möglichkeit, Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Eigenproduktion ergeben. Diese Art zu wirtschaften hatte zur Folge, daß von den 790 Millionen Mark Umsatz bereits 175 Millionen Mark durch Eigenproduktion erzielt werden konnten. Dieses Ergebnis würde wahrscheinlich noch ganz bedeutend höher gewesen sein, wenn nicht durch den Krieg die Konsumgenossenschaften in ihrer Tätigkeit stark behindert worden wären.

Wenn wir nun unsere Kaufkraft immer mehr organisieren, wenn wir immer mehr und zuletzt alle Artikel durch unsere Konsumentenorganisationen beziehen, so schaffen wir dadurch die Vorbedingungen für die organisierte Produktion, das heißt die Produktion, die nicht durch kapitalistisches Streben nach Gewinn angestachelt wird, sondern die dem Allgemeinwohl dienen will; es wird produziert um des Verbrauchs willen. Und selbst, wenn es nicht gelingen sollte, mit Hilfe der Konsumgenossenschaftsbewegung die restlose Sozialisierung der Wirtschaft herbeizuführen, wenn sie nur einen maßgebenden Einfluß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsform erhalten könnte, so müßte sie doch regelnd auf die Wirtschaftsverhältnisse einwirken; der Ausbeutung und Profitsucht wären Zügel umgehängt. Die Genossenschaftsbewegung würde also selbst in diesem Falle während der Zeit, die die Entwicklung zur Umgestaltung unseres Wirtschaftssystems benötigt, überaus wertvolle Dienste leisten und außerordentliche Vorteile bieten.

Deshalb sollte jeder, der die Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft durch eine sozialistische wünscht, das Mittel fördern, das uns die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft herbeiführen bzw. beschleunigen hilft. Nicht mit Murren und Schimpfen, daß von oben nicht genügend für die Sozialisierung getan wird, kann man das Gewünschte erreichen, sondern man muß selbst mithelfen. Man hat kein Recht, andere müßig zu schelten, wenn man selbst untätig dabei steht. Deshalb gibt es nur eine Parole: Organisiert euren Konsum, tretet ein in die Konsumentenorganisationen, das sind die Konsumver-

eine, um über den organisierten Verbrauch zur organisierten Produktion — Sozialisierung — zu kommen.
Also legt selbst Hand ans Werk!
 Robert Bochmann, Chemnitz
 (im „Konsumgenossenschaftlichen Volksblatt“.)

Arbeitskämpfe

München. Der Streik in den bayrischen Staatsgärtnereien ist beendet. Die Arbeit wurde Montag, den 20. Oktober, wieder aufgenommen. Für die männlichen Beschäftigten wurden 18 Mk., für die weiblichen 15 Mk. und für die Lehrlinge 6 Mk. wöchentliche Lohnerhöhung erkämpft. Ausführlicher Bericht folgt.

Lehrlings- und Bildungswesen

Groß-Berlin. Im Anschluß an die Bekanntmachung über Abendkurse an der Lehranstalt in Dahlem werden möglichst viele Kollegen zur Teilnahme aufgefordert, da sich durch eine größere Teilnehmerzahl die Kurse entsprechend verbilligen. Es wird mit einem Schulgeld von höchstens 30 Mk. für 80 Stunden gerechnet. Der Lehrplan umfaßt: Allgemeine Botanik, Boden- und Düngerlehre, Obstbau, Pflanzenkrankheiten, Gehölz- und Staudenkunde, Gehölzschnitt usw. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese Kurse für Kollegen bestimmt sind, denen eine Fachfortbildungsschule nicht mehr genügt und die für ihre praktische Arbeit eine gediegene theoretische Grundlage haben wollen. Die Kurse sollen Anfang November beginnen. Kollegen, die noch an den Kursen teilnehmen wollen, senden ihre Adresse an Kollegen R. Habert, Charlottenburg, Tauroggenerstr. 38.

Hamburg. In der Lehrlingsfrage fanden mit den Unternehmern in zwei Sitzungen Verhandlungen statt. Ein Entwurf von uns wurde von den Unternehmern in den wichtigsten Punkten abgelehnt. Es zeigte sich bald, daß die Arbeitgeber überhaupt keine Vereinbarung mit uns wollten. Die Festsetzung der Entschädigung sollte der freien Vereinbarung überlassen bleiben, die Lehrlingsskala sollte gestrichen werden, und so ging es fort. Wenn die Arbeitgeber nun denken, damit ist die Lehrlingsfrage erledigt, dann irren sie sich gewaltig. Für Hamburg wird die Lehrlingsfrage nun durch die Gewerkekammer erledigt werden, und für die preussischen Gebiete von der Landwirtschaftskammer. Ob die Herren Arbeitgeber besser dabei fahren werden, wird sich erst zeigen. Wir werden jedenfalls alles tun, um auch für die Lehrlinge etwas zu erreichen. H.

Berichte

Mannheim-Ludwigshafen. Am 19. Oktober hielt die Ortsverwaltung Mannheim-Ludwigshafen ihre Generalversammlung ab. Unter den eingelaufenen Anträgen war der bedeutungsvollste derjenige auf Abtrennung der linksrheinischen Zahlstellen und Gründung einer selbständigen Ortsverwaltung Ludwigshafen. Hervorgehoben wurde dieser Antrag nicht etwa durch das Vorhandensein von irgendwelchen Differenzen, sondern durch die kolossale Erschwerung der Zusammenarbeit infolge der schikanösen Absperungsmaßnahmen durch die französische Besatzung. Dieser Antrag wurde denn auch einstimmig angenommen und zugleich die Hoffnung ausgesprochen, daß es in naher Zukunft möglich sein

werde, wieder organisatorisch zusammenarbeiten zu können. Die weiteren Anträge waren mehr oder weniger notwendige Forderungen dieser Trennung und wurden in demselben kameradschaftlichen Geiste erledigt.
 A. Dreesbach.

Bekanntmachungen

Barmen-Elberfeld. Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden statt am 1. Samstag im Monat in Elberfeld, Restaurant „Sauerzopf“, Bachstr.; am 3. Samstag im Monat in Barmen, Restaurant „Mertin“, Parlamentsstr. Vorsitzender: Josef Rüttgers, Gewerbeschulstr. 122, III. Kassierer: Wilhelm Stambusch, Heckinghauserstr. 65.
Breslau. Die Adresse des Büros Breslau und des Gaus Schlesien lautet jetzt: A. Vollbrecht, Magaretenstr. 17, II, Zim. 45.
Güstrow. Vorsitzender: Obergärtner A. Dittmann, Glinerstr. 8. Kassierer: Rob. Silberbauer, Burgstr. 16. Versammlung Freitags nach dem 1. und 15. jeden Monats, abends 7/8 Uhr, in Mundts Restaurant, am Markt. — Bützow gehört zur Ortsverwaltung Güstrow. Wortführer und Unterkassierer: Obergärtner Wilhelm Barkhold, Rostocker Tor 14. Versammlung: Donnerstags nach dem 1. jeden Monats, im Gewerkschaftshaus (Teutler).

Hamburg. Auf Anordnung des Gewerkschaftskartells sind in jedem Betrieb mit 5—20 Arbeitnehmern 1 Betriebsrat, bei 20 bis 50 Arbeitnehmern 3 Betriebsräte und bei 50—100 Beschäftigten 5 Betriebsräte zu wählen. Wir fordern unsere Kollegen auf, in jedem Betrieb mit 5 und mehr Beschäftigten die Wahl sofort vorzunehmen. Ist der Betriebsrat gewählt, dann sind sofort von uns Fragebogen abzufordern. Diese sind ausgefüllt und vom Arbeitgeber mit unterschrieben an uns zurückzusenden. Die Betriebsräte erhalten dann sofort von uns die Legitimationskarten.

Die Betriebsräte sind außerordentlich wichtig. Sie erhalten nach dem neuen Betriebsrätegesetz weitgehende gesetzliche Befugnisse in den Betrieben. In den nächsten Versammlungen wird festgestellt werden, in welchen Betrieben die Betriebsräte gewählt sind.
 H.

— Unser Büro befindet sich ab Mittwoch, den 29. Oktober, Besenbinderhof 59, 1. Stock, Zimmer Nr. 1 (Gewerkschaftshaus, Eingang Herberge). Die Sprechzeit im Büro bleibt dieselbe wie bisher: täglich von 11—1 Uhr, außerdem Mittwochs und Sonnabends von 4—7 Uhr. Wir bitten daher die Kollegen, die Sprechzeit genau innezuhalten, da andernfalls die Kollegen leicht vor verschlossener Tür kommen werden. Unsere Telefonnummer bleibt, wie bisher, Alster 6211.
 H.

Mannheim. Alle Sendungen für die Verwaltung Mannheim, mit Ausnahme der Kassengeschäfte betreffenden, sind zu richten an A. Dreesbach, Mannheim, Seckenheimerstr. 60. Die Adresse des Kassierers ist: Fritz Deckert, Mannheim, Seckenheimerstr. 2.

München. Die Adresse unseres Büros ist jetzt: Pestalozzistraße 40, I, Zimmer 23.

München-Gladbach. Freitag, den 7. November, abends 7 Uhr, Versammlung im Vereinslokal bei Heinen, Wallstr. 13. Die Versammlung ist von der Besatzungsbehörde genehmigt. — Jeden 1. und 3. Freitag im Monat ist im gleichen Lokal von 7—9 Uhr abends der Vertrauensmann dort zu sprechen. Sonstige Auskunft täglich abends 7/8—8 Uhr bei Köhler, Abteistr. 21.

Helichrysum

suche zu kaufen, zahle per Kilo 8 Mark.
 Braun verm. Preisz., Linden, Scheffelstr.



Handwerkerwagen braucht der Gärtner. Verlangen Sie Preisliste B. Richard R. Schmidtke & Co. H. H. Berlin W 50, Lizenzstr. 15

Blumen- u. Kranzdraht 1/2-2 mm stark, 5 Kilo 10.- Mk. HESSE, Dresden, Schanzstr. 22

Getrocknete Torferde,

zurzeit bester Ersatz für Torfmüll, **Helern pro Zentner 3 Mk.** in Wagenladungen, lose verladen, ab Horka und als Stückgut in Käufers Säcken oder in Leihsäcken gegen 25 Pfg. Leihgebühr u. 2 Mk. Pfand, 3,50 Mk. ab Horka und 4 Mk. ab Donnauwrth. Unsere Torferde besitzt noch einen hohen Wert als Düngemittel. **Gebr. Ladendorff,** Torfstich, **Maltwasser,** Post Kodersdorf O.-L.

Asphalt-Kitt,

wirklich brauchbare, beste haltbare Qualität, gebrauchsfertig, **a Zentner 35 Mk.**

Hugo Arnold, Kunst- und Handelsgärtner **Bremen, Karnstr. 92,**

Säcke

Papiersäcke, D. R. P.
 Tragfähigkeit wie jeder Gewebesack
 45 : 95, 3fach, 100-Stück 75 M.
 60 : 95 " " " 80
 70 : 115 " " " 135
 50 : 95, 4fach, " " 95
 52 : 100 " " " 110
 35 : 110, 3fach, extra stark 115

Papiergarne
 Säcke, gefüttert.
 47 : 95, Extra 240 M.
 65 : 115 " " " " 420
 47 : 95, Extrapräma 375
 60 : 117 " " " " 480

Gegen Nachnahme.
 Auftr. unter 100 M. 5% Zuschlag.
 Probe-Postpakete bis 20 Stück.
Hermann Bratt, Berlin SW. 33
 Leipziger Str. 75, Zentrum 1964

Frühbeefenster 100-150 u. 96-156.
 Komp. Stück 50 Mk.
A. Meißner, Rostock i. M. Lohgärtnerstraße 18.

Bratigeflecht

liefert jeden Posten billigt
 Vorratliste gegen Freimarkel
Ernst Herrschel, Maschinenfabrik **Reichenbrand i. Sa. 27.**

Kitlose Frühbeefenster

D. R. G. M.,
 aus 1a Stammkiefer mit glatter Rohverglasung liefert

Süddeutsche Dachfensterfabrik,

Inh. **Carl Hitz, Landau (Pfalz)**

Bronnison

liefert
Bronnisonfabrik Ravensberg (Württemberg)

Drucksachen

aller Art fertigt sofort zu
Carl Hansen, Berlin N, Chausseestr. 29.

Gärtner

ehrlich und unbedingt zuverlässig, welcher sich vor keiner Arbeit scheut, erfährt in Obst, Frühbeet und Gemüsekultur, Blumen- und Landschaftsgärtnerei, für sofort oder später gesucht. Bewerbungen unter Beifügung der Zeugnisabschn., Gehaltsanspr. und Darlegung der Familienverh. an **Fabrikant Paul Schwarz,** Quelle 116 bei Bielefeld (Westf.).

Selbsttätiger, evang. verh.

Gärtner

als Leiter größerer Outsgärtnerei zu sofort oder später gesucht
Konstant Sonnenberg i. Vilsch.

Jüngerer Gärtner

welcher Dampfheizung bedienen kann, bei hohem Lohn, freier Kost und Wohnung sofort gesucht. Zu melden bei **Hegner, Leipzig-Gö. Menckestraße.**